

MÜHLENKREIS

KURIER

zwischen Weser und Spree

**Sonderausgabe:
Ampel-Aus**



Liebe Leserinnen und Leser,

es hat geknallt im politischen Berlin:

Bundeskanzler Scholz hat Bundesfinanzminister Lindner entlassen und damit die Ampel-Koalition gesprengt. Lindner konnte der Aufforderung des Kanzlers nicht folgen, einen verfassungswidrigen Haushalt zu erlassen und hat vorzeitige Neuwahlen angeboten. Dies lehnte der Kanzler aus parteitaktischen Gründen ab.

Als Union fordern wir nun schnellstmögliche Neuwahlen, um unserem Land Stabilität zurückzugeben.

Aus diesem Grund erfahren Sie in dieser Sonderausgabe des Mühlenkreis-Kuriers alles zum Ampel-Aus und wie es jetzt weitergeht.

Viel Spaß beim Lesen,

Ihr Oliver Vogt

Scholz muss die Vertrauensfrage jetzt schnellstmöglich stellen

Die jüngsten Entwicklungen in Berlin haben zu einer einschneidenden Veränderung in der politischen Landschaft geführt: Bundeskanzler Scholz hat Bundesfinanzminister Lindner entlassen und weitere Minister der FDP sind zurückgetreten.

Damit endet eine Koalition, die sich zunehmend als handlungsunfähig erwiesen hat. Deutschland steht nun an einem Wendepunkt. Um dringend notwendige Stabilität und politische Handlungsfähigkeit wiederherzustellen, sind Neuwahlen der nächste logische Schritt. Nur so lässt sich eine langwierige Phase der Unsicherheit vermeiden, die sich das Land politisch und wirtschaftlich nicht leisten kann.

Olaf Scholz muss nun schnellstmöglich die Vertrauensfrage stellen und den Weg für Neuwahlen freimachen, um eine verlässliche Regierung zu gewährleisten.

Im Mühlenkreis haben wir frühzeitig die notwendigen Weichen dazu gestellt, um auf die bevorstehenden Herausforderungen vorbereitet zu sein.

Am Samstag, den 16.11.2024 wollen wir in Stemwede auch unseren CDU-Kandidaten für das Direktmandat im Mühlenkreis bei der kommenden Bundestagswahl küren.

Als aktueller Abgeordneter für den Mühlenkreis würde ich mich freuen, diese wichtige Aufgabe auch in Zukunft fortzuführen.

In den kommenden Monaten werden wir unsere politische Vision weiterentwickeln und die Menschen im Mühlenkreis einladen, sich mit uns auf den Weg zu machen.

Ihre Unterstützung ist dabei entscheidend. Ich möchte Sie bereits jetzt herzlich dazu einladen.

Wie geht es jetzt weiter?

Friedrich Merz und Alexander Dobrindt haben am Folgemorgen des Ampel-Bruchs die gemeinsame Position von CDU und CSU bekanntgegeben: Wir fordern den Bundeskanzler auf, jetzt Neuwahlen einzuleiten, indem er schnellstmöglich die Vertrauensfrage stellt. Sollte er dies bis Ende nächster Woche tun, sind wir bereit bei wesentlichen und unaufschiebbaren Entscheidungen zum Wohle des Landes in Verhandlungen mit der verbliebenen Regierung einzutreten, um kurzfristig Abhilfe für die drängenden Probleme im Land zu schaffen.

Der Ball liegt nun bei Olaf Scholz. Er hat die erste Forderung von Friedrich Merz bereits zurückgewiesen. Sollte er an seinem Plan festhalten, die Vertrauensfrage erst am 15.01. zu stellen, so kann der Bundespräsident den Bundestag innerhalb von 21 Tagen bis zum 05. Februar auflösen. 60 Tage nach der Auflösung muss dann die nächste Bundestagswahl stattfinden.

Die Bundestagswahl würde also zwischen dem 16. März und dem 06. April stattfinden.

Im Fall der Fälle, dass der Bundeskanzler doch noch nachgibt und früher die Vertrauensfrage stellt, verschiebt sich der Wahltermin entsprechend nach vorne.

Was kann die neue Fußgänger-Ampel noch entscheiden?

Ohne eine Mehrheit im Deutschen Bundestag hat eine Bundesregierung nur sehr geringen Gestaltungsspielraum. Das Parlament erlässt Gesetze, ratifiziert internationale Abkommen und übt die Hoheit über den Bundeshaushalt aus.

Dies bedeutet, dass Rot-Grün für neue Gesetze oder einen neuen Bundeshaushalt auf die Zusammenarbeit mit der Opposition angewiesen ist.

Ohne Haushalt kann die Bundesregierung aber dennoch weiterregieren. Im Rahmen der so genannten „Vorläufigen Haushaltsführung“ kann die Bundesregierung in beschränktem Umfang Ausgaben vornehmen und Kredite aufnehmen. Dies gilt nur für Ausgaben, die nötig sind, um gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen, um die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Bundes zu erfüllen und um Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen oder Beihilfen für diese Zwecke weiter zu gewähren, sofern durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bereits Beträge bewilligt worden sind.

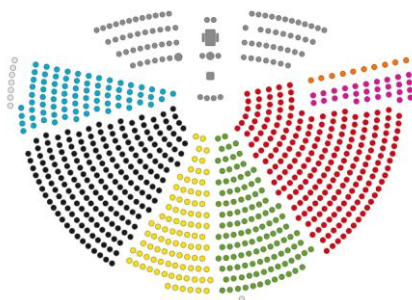
Ein wenig Geld für bestehende Programme kann die Regierung also ausgeben.

Bei neuen Gesetzen ist das anders: Hier braucht die Regierung nun die Union, um Neues zu beschließen.

Warum kein konstruktives Misstrauensvotum?

Kenner des politischen Systems in Deutschland wissen, es gibt einen anderen Weg als die Vertrauensfrage, um Neuwahlen einzuleiten: Die Wahl eines anderen Bundeskanzlers. Wie es bereits 1982 nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition geschah, als Helmut Kohl anstelle von Helmut Schmidt gewählt wurde, könnte auch Friedrich Merz direkt zum nächsten Kanzler gewählt werden und anschließend das Parlament auflösen lassen.

Warum das für uns keine Option ist? Weil wir dazu mit den Extremen gemeinsame Sache machen müssten: Für die Mehrheit im Deutschen Bundestag braucht es 367 Abgeordnete. Union und FDP gemeinsam haben 286 Mandate. Wir wären also auf die Unterstützung von AfD und entweder BSW oder der Linken angewiesen.



Mit diesen Parteien werden wir definitiv nicht zusammenarbeiten.

Entsprechend drängen wir den Kanzler nun den Weg für Neuwahlen freizumachen.